

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1933

80 (11.7.1933)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-890937](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-890937)

Nachrichten

für Stadt Elsfleth und Umgebung

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitung: 5. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Konturverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.00 RM ausschließlich Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die einseitige Koppszeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg. Für durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen kein Einspruchsrecht.

Schließjahr 17

Nr. 390

Nr. 80

Elsfleth, Dienstag, den 11. Juli

1933

Staat und Wirtschaft

Grundlegende Ausführungen Adolf Hitlers

Berlin, 8. Juli.

Auf der Konferenz der Reichsstatthalter am 6. Juli machte Reichszankler Adolf Hitler grundlegende Ausführungen über die Einstellung der nationalsozialistischen Staatspolitik zur Wirtschaft. Der Reichszankler ging davon aus, daß die politischen Parteien jetzt endgültig beseitigt seien. Dies sei ein geschichtlicher Vorgang, dessen Bedeutung und Tragweite man sich vielfach noch gar nicht bewußt geworden wäre.

Wir müssen jetzt die letzten Ueberreste der Demokratie beseitigen,

insbesondere auch die Methoden der Abstimmung und der Wehrheitsbeschüsse wie sie heute noch vielfach bei den Kommunen, in wirtschaftlichen Organisationen und Arbeitsausstellungen vorkommen und die Verantwortung der Einzelpersonlichkeit überall zur Geltung bringen.

Der Erziehung der äußeren Macht muß die innere Erziehung der Menschen folgen.

Man müsse sich da vor hüten, rein formale Entscheidungen noch heute auf morgen zu fällen und davon eine endgültige Geltung erwarten. Die Menschen vermögen leicht die äußere Form in ihre eigene geistige Ausprägung umzubiegen. Man dürfe erst umschalten, wenn man die geeigneten Personen für die Umgestaltung hat. Es sind mehr Revolutionen im ersten Ansturm gelungen, als gelungene aufgezogen und zum Stehen gebracht worden. Die Revolution ist kein permanenter Zustand, sie darf sich nicht zu einem Dauerzustand ausbilden.

Man muß den frei gewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten.

Die Erziehung der Menschen ist dabei das wichtigste. Der heutige Zustand muß verbessert und die Menschen, die ihn verkörpern, müssen zur nationalsozialistischen Staatsaufstellung erzogen werden.

Man darf daher nicht einen Wirtschaftler ablehnen, wenn er ein guter Wirtschaftler, aber noch kein Nationalsozialist ist; jamaal dann nicht, wenn der Nationalsozialist, den man an seine Stelle setzt, von der Wirtschaft nichts versteht!

In der Wirtschaft darf nur das Können ausschlaggebend sein. Die Aufgabe des Nationalsozialismus ist die Sicherstellung der Entwicklung unseres Volkes. Man soll aber nicht herumreden, ob noch etwas zu revolutionieren ist, sondern wir haben die Aufgabe, Position und Position zu sichern, um sie zu halten und allmählich musterhaft zu belegen. Wir müssen dabei unter Handeln auf viele Jahre einstellen und in ganz großen Zeiträumen rechnen.

Durch theoretische Gleichhaltungen schaffen wir keinen Arbeiter Brot.

Die Beschlüsse aber wird ihr Urteil über uns nicht danach abgeben, ob wir möglichst viele Wirtschaftler abgelehnt und eingesperrt haben, sondern danach, ob wir es verstanden haben, Arbeit zu schaffen. Wir haben heute absolut die Macht, uns überall durchzusetzen. Aber wir müssen die abgelehnten Menschen auch durch bessere ersetzen können. Der Wirtschaftler muß in erster Reihe nach seinen wirtschaftlichen Fähigkeiten beurteilt werden und wir müssen selbstverständlich die wirtschaftliche Apparatur in Ordnung halten. Mit Wirtschaftskommissionen, Organisationen, Konstruktionen und Theorien werden wir die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen.

Es kommt jetzt nicht auf Programme und Ideen, sondern auf das tägliche Brot für 5 Millionen Menschen an. Die Wirtschaft ist ein lebendiger Organismus, den man nicht mit einem Schlag verwandeln kann.

Die Wirtschaft baut sich nach primitiven Gelehen auf, die in der menschlichen Natur verankert sind. Die geistigen Bausteine, die jetzt in der Wirtschaft einzubringen suchen, bringen Staat und Volk in Gefahr. Man darf nicht die praktische Erfahrung ablehnen, weil sie gegen eine bestimmte Idee ist. Wenn wir mit Reformen vor die Nation hintreten, müssen wir auch bemerken, daß wir die Dinge verbessern und sie meistern können.

Unsere Aufgabe heißt Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit! Aus dem Gelingen der Arbeitsbeschaffung werden wir die stärkste Autorität erhalten.

Unser Programm ist nicht geschaffen, um schöne Gesen zu machen, sondern um dem deutschen Volke das Leben zu erhalten. Die Ideen des Programmes verpflichten uns nicht, wie Narren zu handeln, und alles umzusetzen, sondern klug und vorsichtig unsere Gedantengänge zu verwirklichen. Auf die Dauer wird die massenpolitische Sicherheit um so größer sein, je mehr es uns gelingt, sie wirtschaftlich zu untermauern.

Die Reichsstatthalter führen dafür zu sorgen und seien dem Reichszankler dafür verantwortlich, daß nicht irgendeine Organisation oder Parteiellen sich Regierungsbeamte anmaßten, Personen ablehnen und Ämter belegen, wofür allein die Reichsregierung, also in Bezug auf

die Wirtschaft allein der Reichswirtschaftsminister zuständig wäre.

Die Partei ist jetzt der Staat geworden. Alle Macht liegt bei der Reichsgewalt.

Es muß verhindert werden, daß das Schwergewicht des deutschen Lebens wieder in einzelne Gebiete oder gar Organisationen verlagert wird. Es gibt keine Autorität mehr aus einem Teilgebiet des Reiches, sondern nur aus dem deutschen Volksgesamtheit.

Es geht aufwärts!

Wieder 121 000 Arbeitslose weniger.

Berlin, 8. Juli.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 17. bis 30. Juni 1933 hat die seit Mitte Februar anhaltende Besserung der Lage am Arbeitsmarkt auch in der zweiten Junihälfte weitere Fortschritte gemacht. Von Mitte bis Ende Juni ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen erneut um 121 000 auf 4 856 000 gesunken.

Zu berücksichtigen ist dabei, daß unter den Arbeitslosen auch die Personen mitgezählt werden, die im Arbeitsdienst, bei der Hilfspolizei und bei Pflichtarbeiten tätig, somit im eigentlichen Sinne nicht arbeitslos sind, sich aber weiter beim Arbeitsamt um einen ständigen Arbeitsplatz bemühen. Die Besserungsercheinungen, die sich in sämtlichen Arbeitsamtsbezirken deutlich zeigen und zweifellos über das sonst übliche Niveau hinausgehen, sind nicht nur bedingt durch die Vergebung öffentlicher Aufträge und beeinflusst durch steuerliche Maßnahmen, sondern auch gefördert durch das wachsende Vertrauen der Industrie in die politische und wirtschaftliche Entwicklung.

Mährend im Juni des Vorjahres die Minderung der Arbeitslosigkeit in den überwiegend industriellen Bezirken nur rund 0,1 bis 2,7 v. H. betrug, hat sie sich im Juni dieses Jahres fast überall verdoppelt (1,7 bis 5,7 v. H.).

An der zweiten Junihälfte nahm die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um 19 000 auf 416 000, in der Arbeitslosenversicherung um 15 000 auf 1 310 000 ab. Auch die Zahl der anerkannten Wohnfahrtsarbeitslosen hat sich im Laufe des Juni um 110 000 auf 2 042 000 vermindert. Eine merkliche Entlastung erfuhr im Zusammenhang mit den Regierungsmaßnahmen trotz der Rezession auch der Arbeitsmarkt der Hausgehilfinnen in fast allen Bezirken.

Wir alle wollen helfen!

Kein Volk der Welt führt einen so heroischen Kampf um die Neugeschaltung von Staat und Wirtschaft; kein anderes Volk hat härter am Existenz und Zukunft ringen müssen als das deutsche. Die ungeheure Mauthnot, das böse Erbe des liberalistischen Zeitalters, ist mit veralteten politischen Methoden nicht zu überwinden. Die Waffen aus dem Arsenal überholter Wirtschaftspolitik sind längst stumpf und unbrauchbar geworden. Nur eine schöpferische Willenspolitik kann uns retten! Nur eine Politik kann heute Erfolge erzielen, die auf die unverlegten Quellen der Volkskraft zurückgreift und an die beste Tradition deutscher Geschichte anknüpft.

Und eine solche Wirtschaftspolitik wird heute geführt. Neue Waffen werden geschmiedet zum Kampfe gegen die Not. Neue Maßnahmen ergriffen, um das deutsche Schicksal zu meistern.

Die Parole der nationalsozialistischen Politik lautet: Durch Opfer zum Siegel!

Aus Arbeitslosigkeit und Verzweiflung führt der Weg aufwärts, wenn alle anpacken und keiner beiseitesteht.

Das ist der Sinn der Spende zur Förderung der nationalen Arbeit.

Nicht Almosen werden gesammelt, Arbeit soll beschafft, neue Grenzen gegründet werden. Aus freiem Antrieb soll jeder opfern, der Unternehmer, der Angestellte, der Handwerker, der Arbeiter und der Bauer. Jeder nach seinem Können. Niemand darf versagen.

Das Volk ist eine Schicksalsgemeinschaft. Wer anderen hilft, hilft sich selbst.

Annahmestellen der Spende: Finanzamt, Zollämter, Hauptzollämter.

Ueberweisung an diese Annahmestellen durch: Post, Bank, Sparkasse usw.

Keine Loslösung Ostpreußens!

Berlin, 9. Juli.

In der letzten Zeit waren mehrfach Gerüchte aufgetaucht, daß beschließt sei, Ostpreußen vom preussischen Staate zu trennen und unter einem Reichsstatthalter zum Bundesland zu machen. Ministerpräsident Brüning erklärte dazu, daß dieser Gedanke nicht einmal ausgesprochen werden dürfte. Es gäbe keine Loslösung Ostpreußens in irgendeiner Form vom preussischen Staate, und Verbreiter derartigen Gerüchte würden sofort strafrechtlich belangt werden.



Aufruf

zur Förderung des aktiven Luftschutzes

Wehrlos zur Luft — Schutzlos zu Lande!

Odenburger!

Als in den Tagen der Sonnenwendstürme rote Flieger über deutschem Boden erschienen und Heßflugblätter zur Erde warfen, konnte niemand dem Treiben Einhalt gebieten und die fremden Flugzeuge des Landes verwehren. Wir sind wehrlos und schutzlos zur Luft! Das Versailles Diktat will uns Luftstreitkräfte und Fliegerabwehr verlagern.

Soll der Luftstrom über Deutschland dem deutschen Volke nicht mehr gefährden? Sollen feindliche Flugzeuge weiterhin ungehindert bis zum Herzen unseres Vaterlandes vordringen können? Soll dieses Erscheinen ungehindert weiter der demokratisierende Ausdruck unserer Machtlosigkeit sein?

Nein!

Mit Protesten und Kundgebungen wird nichts erreicht. Sie verhalten im Winde.

Alleinige Hilfe

bringt der entschlossene Widerstandswille unseres ganzen Volkes

durch Stärkung der praktischen Luftfahrt.

Darum muß auch jeder Odenburger, dem das Schicksal seiner Heimat und seines Vaterlandes am Herzen liegt, mit allen Kräften dazu beitragen, daß unsere Luftfahrt diese Stärkung erhält.

Die Ortsgruppe Odenburg des Deutschen Luftpfort-Verbandes,

deren Zweiggruppen sich wegbereitend über den ganzen Landesteil erstrecken, ist für unsere Heimat dazu berufen, die Luftfahrt in allen Kreisen und Schichten unserer Volksgenossen zu verbreiten. Sie kann ihre Aufgabe — den Schutz des Volkes — aber nur erfüllen, sie kann das wertvolle Fluggerät nur unterhalten und die Führer ausbilden, wenn sie auch vom Volk in seiner Gesamtheit unterstützt wird.

Wir rufen deshalb auf zu der

Spende für den aktiven Luftschutz.

Am 16. Juli d. J. werden in jeder Gemeinde ehrenamtlich Beauftragte von Haus zu Haus gehen, um Beträge oder Einzelspendungen entgegenzunehmen.

Odenburger, tragt bei zum Schutze eurer Heimat und zur Ehre unseres Landes!

Mit der Durchführung der Sammlung sind die Gemeindebehörden beauftragt.

Rö ver,

Reichsstatthalter in Odenburg und Bremen, Ehrenvorsitzender der Ortsgruppe Odenburg des Deutschen Luftpfort-Verbandes (DLV) e. V.

Joel, Ministerpräsident.

Fauly, Staatsminister.

1. Schatzmeister der Ortsgruppe Odenburg des DLV.

Canow, Führer der Ortsgruppe Odenburg des DLV.

Herzog, SA-Gruppenführer.

Verkleman, SS-Standartenführer.

Geve, stellv. Landesführer des Stahlhelm, V. d. J.

Riesbieter,

Präsident des Odenburger Kriegerbundes (Riffhäuserbund).

Die Oberbürgermeister der Städte Odenburg, Küstingen, Delmenhorst:

Dr. Kabling, Dr. Rühorn, Dr. Müller.

Die Amtshauptleute der odenburgischen Ämter:

Saßkam p. Wilm s. Mibendor f.

Theilen. Münzbrod. Ott.

Einwanderungsland Frankreich

Von Dr. M. Karger.

In einer Zeit, da auch in Deutschland der Geburtenüberschuß unerhört rasch zurückgegangen ist, wäre es verfehlt, mit dem Finger auf Frankreichs Bevölkerungsstagnation, ja verheerenden Rückgang zu zeigen. Erst wenn wir uns auch auf diesem Gebiet wieder selbst gefunden und die unerfüllten Lebensgehalte rezipieren gelernt haben, sind weitreichende Vergleiche mit unserm westlichen Nachbar wieder am Platze. Immerhin muß man sich selbst heute täglich vor Augen halten, daß bei einer Bevölkerungsdichte von rund 140 pro Quadratkilometer im Reich und 70 in Frankreich die bevölkerungspolitischen Voraussetzungen für Frankreich mindestens noch einmal so günstig sind wie bei uns.

Von einer besonderen Seite her zeigt das Buch des Franzosen Georges Mauco „Die Ausländer in Frankreich“ das Problem eines Volkes, das weder den ihm zugefallenen Raum noch seine wirtschaftliche Entwicklung und Ausnützung bewältigen kann. Er untersucht die Frage der Einwanderung nach Frankreich und bringt zum erstenmal genaues und klares Material ans Licht. Danach hat Frankreich als Einwanderungsland in den letzten 14 Jahren bereits die Vereinigten Staaten überflügelt. Die allerletzte Zeit hat zwar eine starke Rückwanderung gebracht, aber dennoch muß man die Zahl der ausländischen Arbeiter aller Völker noch auf mehr als 3 Millionen schätzen, mit anderen Worten 7 Prozent der französischen Gesamtbevölkerung sind heute Ausländer, während es 1911 bei 1,15 Millionen nur 2,8 Prozent waren. Neben dem chronischen Geburtenrückgang der französischen Familie hat der Ausfall der Toen und Arbeitsunfähigen durch den Weltkrieg, sowie die im Zuge des Weltkrieges und der Tributempfangs wachsende Industrialisierung Frankreichs diese Entwicklung beschleunigt. Frankreichs Bevölkerung war nicht imstande, für diese neuen Wirtschaftszweige genügend geeignete und willige Arbeitskräfte zu liefern.

Die Staatsangehörigkeitsstatistik dieser Einwanderer zeigt folgende Zahlen für das Jahr 1926. Unter 2 505 000 Fremden waren 760 000 Italiener oder 31 Prozent aller Einwanderer, 326 000 Belgier (13 Prozent), 322 000 Spanier (13 Prozent), 320 000 Polen (12 Prozent), 123 000 Schweizer (5 Prozent), 72 000 Afrikaner (3 Prozent), 69 000 Deutsche, 68 000 Russen, 63 000 Engländer und 43 000 Ukrainer. Legt man Massenmaßstäbe an, dann ergibt sich folgendes interessantes Bild: bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war der Wandererstrom hauptsächlich aus dem germanischen Volkstum gekommen: Deutsche aller Siedlungsgebiete und Flamen aus Belgien. Sie stellten damals die Hälfte Ausländer. Heute sind sie nur noch 20 Prozent. Ende des 19. Jahrhunderts rückten die Romanen vor. 1913 stellten Spanier und Italiener rund Dreiviertel der Ausländer. Ab 1923 drängen Slawen, Benantiner, Afrikaner und Ukrainer an die Spitze: heute rangieren die Polen an zweiter Stelle hinter den Italienern, die Russen haben sich verdoppelt, die Tschechen verfunftacht und — ein Renetel — die Afrikaner steigen von 3000 im Jahre 1921 auf 72 000 im Jahre 1926, die Ukrainer von 1400 auf 45 000, d. h. das Dreifache.

Geographisch verteilen sich die Einwanderungsdepartements hauptsächlich auf den Norden und die Mittelmeerküste. Es gibt Departements, wie Bouche-du-Rhone, wo die Ausländer 22 Prozent, oder Dep. Alpes-maritimes, wo sie 81 Prozent der gesamten Bevölkerung ausmachen. Nach und nach verteilt man aber die Einwanderer planmäßig über das ganze Land, schon aus strategischen und demographischen Sicherheitsgründen. Dennoch gibt es Gemeinden, in denen die Ausländer die Eingeborenen glatt überwiegen. In Bezirken der Elektrometallindustrie und der Chemischen Industrie, wie in den Alpengebieten, gibt es Gemeinden wie z. B. Willard-Bonnot (Savoie) mit 95 Prozent Ausländern! Auch im Bereich der Landwirtschaft und der Siedlung greift der gleiche Prozeß um sich. Es ist bekannt, daß der französische Bauer weite Strecken weniger fruchtbaren Bodens einfach verlassen hat, so daß man in gewissen Gegenden Frankreichs hauptsächlich ausgetrocknete Dörfer antrifft. Doch sind diese Gebiete vom fremden Siedler noch nicht erreicht, da sie mehr in der Mitte liegen. Aber in den Grenzgebieten, hauptsächlich am Mittelmeer, dringt unaufhörlich der Italiener vor. Frankreich versucht zwar diese Entwicklung durch rasche und leichte Reuraffierung und Einbürgerung auszugleichen, aber die Zeit ist vorbei, wo der Mutterstaat seine Volkstinder ohne weiteres verlorengelassen läßt. Er gibt ihnen nicht nur ein größeres Maß an kultureller Verbundenheit sondern auch mehr nationale und wirtschaftliche Bewußtheit und Verpflichtung mit. Italien z. B. holt Jahr um Jahr die Frauen aus der Fremde auf Staatskosten heim, damit sie auf italienischem Boden gebären. Auch die Schulkinder werden in die Heimat zurückgeholt, damit sie einen Teil ihrer Erziehung in der nationalen Luft genießen.

Biologisch gesehen wird das Bild noch ernster. Der Einwanderer ist jung, kräftig, energiegel, schon durch die natürliche Auswahl, 45 Prozent von ihnen liegen in der Altersklasse zwischen 20 und 40. Die Franzosen derselben Altersklassen machen nur 29 Prozent ihrer Landleute aus. Der Einwanderer hat selbstverständlich mehr Kinder, denn er ist auch paratamer, genügsamer, rüstfester. 1927 und 1928 hatten die Einwanderer eine Geburtenrate von 2,3, ganz Frankreich eine Geburtenrate von 1,8 1927. Von ganz Geburtenüberschuß Frankreichs im Jahre 1927, der 68 000 betrug, stellten die Einwanderer 28 000, obwohl sie nur 5-7 Prozent der Bevölkerung ausmachten.

Auch das rein wirtschaftliche Bild der Ausländerfrage zeigt sehr ernste Züge für den französischen Staatsmann. Das deutsche Volk, das in steigendem Maße gewohnt ist, die politische Totalität seines ganzen Lebens in seinen Anstalt aufzunehmen, hält es für selbstverständlich, daß die lebenswichtigen Arbeitsprozesse seiner Volkswirtschaft mit eigener, deutscher Arbeitskraft und Arbeitshand erfüllt werden. Der Franzose sieht aus seiner Statistik, daß im Jahre 1927 die Metallbearbeitung zu 12 Prozent, der Bergbau zu 38 Prozent, der Schiffbau zu 20 Prozent, Keramik und Glasindustrie zu 19 Prozent, Steinbrüche zu 21 Prozent und die chemische Produktion zu 18 Prozent mit ausländischen Händen arbeitete. Das sind aber nur annäherungsweise. Die Wirklichkeit ist noch trauriger. Der französische Kohlenbergbau braucht 40 Prozent Ausländer, um arbeiten zu können. Der Eisenerzbergbau sogar 90 Prozent, denn in den lothringischen Gruben belägen von 31 000 Arbeitern nur 8000 die französische Staatsangehörigkeit, deren überwältigende Mehrheit zudem der Rasse nach Deutsch-Lothringer sind. Die Elektrometallindustrie und die Elektrochemie der Alpen- und Südböden gebrauchen 45-60 Prozent ausländische Hände, ähnlich ist es in der Kunststoffe- und in der Chemie. Selbst in der Landwirtschaft zeigt die Tendenz ähnliche Züge: 1927 hatten ausländische Bauern als Eigentümer oder Pächter rund 588 000 Hektar unter Pflug und Haide. Die verlassenen Dörfer werden weitere Hunderttausende anlocken.

Dieser Lebensbild stellt also die Tatsache fest, daß Frankreich wichtige Industrien, wie Kohle, Erz, Chemie, Baugewerbe, nicht mehr mit eigenen Arbeitskräften ausrüsten und noch weniger entsprechend den vorhandenen Bodenschätzen und Möglichkeiten ausbauen und entwickeln kann. Das gleiche Volk aber unternimmt es, die Hegemonie in Europa, teilweise sogar auf der ganzen Welt zu erstreben, wogegen, daß seine biologische und wirtschaftliche Mächtigkeit so schmal ist, daß es an diese Stelle nur mit Hilfe der ganzen auf seiner Seite stehenden Welt kam, sie also auch nur dann halten kann, wenn diese Welt weiterhin so seiner Verfügung steht.

Die Frage der Warenhäuser

Vorerst noch kein aktives Vorgehen.

Die nationalsozialistische Korrespondenz veröffentlicht folgende parteiamtliche Bekanntgabe:

„Die Einstellung der NSDAP zur „Warenhausfrage“ ist im Grundfahnen nach wie vor unverändert. Ihre Lösung wird zu geeigneter Zeit im Sinne des NS-Programmes erfolgen. Im Hinblick auf die allgemeine Wirtschaftslage hält die Parteileitung vorerst ein aktives Vorgehen mit dem Ziele, Warenhäuser und warenhausähnliche Betriebe zum Erliegen zu bringen, für nicht geboten.“

In einer Zeit, da die NS-Regierung ihre Hauptaufgaben darin sieht, möglichst zahlreichen arbeitslosen Volksgenossen Arbeit und Brot zu verschaffen, darf die NS-Bewegung nicht dem entgegenwirken, indem sie Hunderttausenden von Arbeitern und Angestellten in den Warenhäusern und den von ihnen abhängigen Betrieben die Arbeitsplätze nimmt.

Den Gliederungen der NSDAP wird daher unterlag, bis auf weiteres irgendwelche Aktionen gegen Warenhäuser

und warenhausähnliche Betriebe zu unternehmen. Andererseits ist es den Mitgliedern der NSDAP verboten, für Warenhäuser zu werben.

Berlin, 7. Juli. gez.: Rudolf Heß.

„Maßgebend für ganz Europa“

Dr. Goebbels auf der Junivortagung.

Berlin, 8. Juli.

Im Mittelpunkt der Tagung der Reichsjunivortage der NSDAP und der Mitgliederversammlung des Deutschen Funktionärer-Bundes e. V. stand ein Empfang des Präsidiums des Deutschen Funktionärer-Bundes e. V. mit den Junivortagern durch den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Joseph Goebbels. Dr. Goebbels nahm kurz zu den jetzt zu lösenden Aufgaben des nationalsozialistischen Rundfunks Stellung und fuhr dann u. a. fort:

„Das, was wir heute tun, wird für ganz Europa maßgebend sein. Wir sind heute der Welt gegenüber als Staat eingetapelt, in derselben Form wie früher die Partei der Regierung gegenüberstand. Unser Dersuch, zum Ziel zu gelangen, erdiken damals hoffnungslos. Wir haben jedoch durch Idealismus und Ziel den Bostoff geprenzt und uns durchgesetzt, weil wir eben fleißiger und tüchtiger und intelligenter waren als die anderen. Wir werden uns in einigen Jahren mit unseren heutigen Regierungsmaßnahmen durchsetzen.“

Es ist dies jedoch eine Frage der Klugheit und der Sinnigkeitsbereitschaft an unsere großen Aufgaben. Der Rundfunk ist vielleicht das Mittel, das am entscheidendsten das Volk beeinflusst. Und wenn es uns gelingt, ihm einen modernen Hauch einzutun, ein modernes Tempo und einen modernen Impuls zu geben, dann können wir an Aufgaben herangehen, wie es sie im nationalsozialistischen Deutschland zu erfüllen gibt. Und ich bin Ihnen, die daran mitwirken wollen, dankbar: der größten Dank werden Ihnen jedoch die späteren Geschlechter abfahren. Denn es wird für die Staatspolitik von bleibendem Wert sein, das ganze Volk hundertprozentig für das nationalsozialistische Regime zu erwerben. Wenn uns das gelingt, haben wir damit eine geschichtliche Aufgabe erfüllt, und können dann von uns mit Recht sagen, daß dies eine Arbeit gewesen ist, die des Schweißes der Besten wert war.“

Rußlands Westorientierung

Litwinoff über die sowjetrussische Außenpolitik.

Paris, 9. Juli.

Zus Anlaß der Anwesenheit des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten, Litwinoff, in Paris, gab der Sowjetbotschafter in Paris, Dowgalewitsch, ein Frühstück, dem Ministerpräsident Daladier, Außenminister Paul-Boncour sowie der in Paris anwesende türkische Außenminister Tansu Rüstü Bey, der türkische Botschafter in Bern bewohnten.

Wie Havas berichtet, hat Litwinoff in einer Rede auf den Friedenscharakter der Sowjet-Außenpolitik und auf die Bemühungen der Sowjets um die Konsolidierung des Friedens hingewiesen. Da der Begriff des Angreifers, den die Sowjets in Genf auf der Weltfriedenskonferenz vorgeschlagen hätten, nur langsam und schwierig verstanden worden ist, hätten die Sowjets sich bereit, auf dieser Grundlage zünftiger Aufruf und den Ländern, die es gewollt hätten, besondere Abkommen abzuschließen, von denen sie hofften, daß auch andere Staaten ihnen beitreten würden.

Nach dieser Erklärung besäßigten sich Litwinoff mit den französisch-sowjetrussischen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Ruffischerseits sei man glücklich darüber, daß die Friedenspolitik der Sowjetunion in Frankreich immer besser verstanden werde. Eine äußerliche Rundgebung dieser gegenseitigen Zeresse sei die Unterzeichnung und die Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Nichtangriffspaktes gewesen. Ruffischerseits sei man auch glücklich darüber, daß die von Rußland unternommenen Schritte zur Konsolidierung des Friedens zwischen Sowjetrußland und seinen Nachbarn von der französischen Regierung und von den politischen Kreisen in Frankreich mit Sympathie beurteilt worden seien, ebenso wie sie wahrscheinlich von allen Anhängern des Friedens mit Sympathie beurteilt werden dürften.

Man habe Grund zu der Annahme, daß man von den internationalen Konferenzen, die gegenwärtig tagen oder halb erfolglos seien, wahrscheinlich nur recht problematische



Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

„Um Gottes willen, Horst, wie siehst du aus? Was ist geschehen?“

Horst von Hunius räusperte sich, ehe die Stimme ihm gehorchte:

„Mit mir ist es aus, Lore, wenn du mir nicht helfen kannst. Ich brauche sofort zehntausend Mark.“

„Um Gottes willen“, schrie Lore auf. „Wozu brauchst du das Geld? Zehntausend Mark? Wie soll ich die jemals aufreiben?“

„Dann muß ich ins Gefängnis“, sagte Horst von Hunius in wilder Verzweiflung, fast schreiend. „Ich habe falsch gespielt und bin dabei erlappert worden. Derjenige, der mich erwischt hat, will schweigen, wenn ich ihm bis heute abend zehntausend Mark zahle! Wenn ich es nicht kann, ist es vorbei. Hilf mir, Lore! Ein Hunius wegen Falschspiels im Gefängnis...“

„Um Gottes willen.“ Lore war aufgesprungen und hatte ihm die Hand auf den Mund gelegt. Denn es hatte an die Tür geklopft, und schon wurde sie geöffnet.

Monsieur Chivot stand in der Türöffnung mit einer Depesche in der Hand.

„O Pardon“, sagte er. „Ich höre, ich wollte nur — die Antwort aus Paris, Mademoiselle...“ Er unterbrach sich.

Lore von Hunius warf sich plötzlich über den Tisch und brach in wildes Schreien aus, das sie vergeblich zu unterdrücken versuchte. Aber sie konnte sich nicht fassen. Ihre Nervenkraft war nach all den Erschütterungen der letzten Tage am Ende.

Horst von Hunius war aufgesprungen und sah mit

einem verstörten Gesicht von Chivot zu der schluchzenden Lore.

Chivot blickte von Horst zu dem weinenden Mädchen. In seinen Augen glomm ein eigentümliches Licht auf.

„Verzeihen Sie, Mademoiselle“, sagte er mit einem plötzlichen Entschluß. „Ich habe, ohne es zu wollen, einen Teil der Unterhaltung hier mit angehört. Offenbar scheint Ihr Herr Bruder in einer augenblicklichen Geldverlegenheit zu sein. Sie gestatten, daß ich mit Herrn von Hunius dies selbst regele. Das ist eine Angelegenheit für Männer. Und es lohnt nicht, daß unser zünftiger Filmstar sich wegen einer solchen Lappalie die schönen Augen rot weint.“

Che Lore von Hunius und Horst irgend etwas zu sagen vermochten, hatte Monsieur Chivot ein Scheinbuch aus der Tasche gezogen und den Füllfederhalter aufgeschraubt:

„Ich bitte, Herr von Hunius, welche Summe war es doch, die Sie vorhin nannten? Ich verstand zehntausend Mark. Stimmt es?“

Als Horst von Hunius, immer noch vollkommen verblüfft, nickte, schrieb Chivot mit seiner feinen Schrift den Schein aus.

„Wollen Sie, bitte, nehmen und mir eine Quittung geben! Der Schein wird Ihnen bei der Deutschen Bank, Kurfürstendam, ohne weiteres ausgezahlt.“

Und als Lore aufstuh und eine wild abwehrende Bewegung machte, setzte Chivot lächelnd hinzu:

„Haben Sie keine Sorge, Mademoiselle! Diese zehntausend Mark werden wir Ihnen in kleinen Beträgen von der Gage abziehen, die Sie bei unserer Gesellschaft beziehen werden.“

Damit verbeugte er sich leicht gegen Horst von Hunius und schloß die Tür hinter sich.

Hinter der geschlossenen Tür aber blieb Chivot stehen. Ein zünftiges, befriedigtes Lächeln machte seine sonst so farblosen Züge wild und drohend.

„Nun habe ich dich“, dachte er. Der Bruder ein Falschspieler? Es ist nichtig, das zu wissen. Und bis heute abend werde ich auch in Erfahrung bringen, wer den Be-

weis dafür in Händen hat, daß der Bruder unserer neuen Stars nur durch mich vor dem Gefängnis bewahrt wurde.“

Drinnen in Lore's Zimmer stand Horst von Hunius und sah mit fast irren Augen auf den Schein, dessen Tintenstrich noch feucht war.

„Was soll denn das alles bedeuten, Lore?“ fragte er. „Was meint dieser Mann damit, daß man dir diese zehntausend Mark von deiner Gage abziehen will?“

„Das bedeutet“, gab Lore mit wilder Stimme zur Antwort, „daß ich jetzt heute bei der Internationalen Filmagentur, Paris, eingeteilt bin. Aber wie es anfängt, das nimmt mir die Freude daran. Tränen bei mir und Rettung vor dem Gefängnis bei dir“ — sie schauerte zusammen — „eine schlechte Vorbedeutung!“ flüsterte sie leise vor sich hin.

Vierundzwanzigstes Kapitel

Durch den schneeweißen Winterwald, der sich von Waldklingen nach dem Karlshof hinzog, klinketen die Schellen an einem Schlitzen, der, lautlos von zwei schwarzen Pferden gezogen, durch die weiße Winterlandschaft glitt.

Weiße, weiße Floden stieften vom Himmel und lagen allgerund auf der hohen Wähe des Kutschers, der vorn saß und die Pferde lenkte.

Aus dem Bestrahlung ihres warmen Fohlenmantels sah Lore von Hunius' Gesicht mit einem glücklichen Lächeln umher. Nun schmiegte sie ihre Hand, die, in einem weichen Handschuh verpackt, unter der riesenfahnen Fellecke lag, innig in die ihrer Freundin. Leni Winkermann saß, ebenmäßig warm verpackt, neben Lore und fuhr mit ihr dem Karlshof entgegen.

„Das ist das schönste Hochzeitsgeschenk, das mir jemals machen konnte, Lore, daß du gekommen bist. Ich habe dich zum letzten Moment gezwifelt, daß du dein Versprechen wahrnehmen würdest.“

(Fortsetzung folgt.)

Ergebnisse erwarten könne. Je geringer die Hoffnung sei, die man auf sie setzen könne, desto größer müßten die Anstrengungen sein, angestrebt einer Gemeinschaft der an der Aufrechterhaltung des Friedens und der politischen Ruhe interessierten Staaten, die internationale Abenteurer zu vermeiden wünschten. Russischerseits lie man nicht für eine positive Staatenengruppe, die dazu bestimmt wäre, die Aggressivität der einen Gruppe der Aggressivität der anderen Gruppe entgegenzusetzen. Ausland wolle die besten Beziehungen mit allen Staaten unterhalten, die sich mit der sowjetrussischen Friedenspolitik deckten. Weder die politischen noch die wirtschaftlichen Interessen Russlands träten irgendwo mit dem Interesse Frankreichs in Gegensatz. Deshalb lie man sich hinsichtlich der Ansicht, daß nichts der Fortsetzung einer politischen und wirtschaftlichen Annäherung beider Länder im Wege stehe.

Neue Botschaft Roosevelts

Washington, 9. Juli. Präsident Roosevelt hat eine Botschaft an die amerikanische Delegation in London vorbereitet, in der nähere Angaben über Roosevelts Feldzug für die Erholung der Weltmarktpreise, worin er die unmittelbare Aufgabe der Weltwirtschaftskonferenz erblickt, gemacht werden.

Reichskonkordat

Paraphierung bereits erfolgt. — Neue Tat von historischer Bedeutung.

Rom, 10. Juli.

Nach achtstägigen Verhandlungen ist in Rom das erste Konkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl paraphiert worden. Die Paraphierung erfolgte im Beisein durch Bischof von Tapan und Kardinalstaatssekretär Pacelli.

Die endgültige Unterzeichnung wird in zwei oder drei Wochen gleichfalls in Rom stattfinden. Bischof von Tapan, der nach der Paraphierung des Reichskonkordats sofort die Heimreise angetreten hat, wird sich aus Anlaß der Unterzeichnung nochmals nach Rom begeben. Zu der Paraphierung des Reichskonkordats übergibt Bischof von Tapan der Presse eine kurze Mitteilung folgenden Inhalts:

Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich ist heute nachmittags paraphiert worden.

Der Abschluß dieses Vertragswerkes ist historisch bedeutsam, weil zum ersten Male seit der Gründung des Reiches dieses seine rechtlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhl regelt, was bisher den deutschen Ländern vorbehalten war. Nicht minder bedeutsam aber ist es, daß die beiden hohen Autoritäten, von deren Zusammenwirken das Wohl der Völker abhängt — nämlich die Autorität der Kirche und die Autorität des Staates — in diesem Vertrage über von Gott geschehen Einflüssen sich gegenseitig sichern und gegeneinander abgrenzen, um in so größerer Harmonie der geistlichen, kulturellen und staatlichen Wohlfahrt des Landes zu dienen.

Die Herstellung klarer Zuständigkeit wird in Zukunft dem Streit zwischen dem Staat und der Kirche ausschließen.

Ich bin deshalb überzeugt, daß das abgeschlossene Konkordat einmal der geliebten Mission der Kirche nützlich sein wird, denn aber auch in hervorragendem Maß dem inneren Frieden des deutschen Volkes und dem Werden des neuen Staates dienen wird.

Wie man weiter hört, ist das Ergebnis der Verhandlungen über das Reichskonkordat, die von Anfang an auf beiden Seiten in bestem Geiste geführt worden sind, auch im Vatikan mit größter Befriedigung aufgenommen worden.

Verfügung des Kanzlers

Danktelegramm an den Bischof von Tapan.

Berlin, 10. Juli.

Gleichzeitig mit dem Abschluß des Konkordats erteilt Reichskanzler die folgende Verfügung:

Durch den Abschluß des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhl und der deutschen Reichsregierung erhebt sich genügende Gewähr dafür, daß sich die Reichsbehörden des römisch-katholischen Bekenntnisses von jetzt an rückhaltlos in den Dienst des neuen nationalsozialistischen Staates stellen werden.

Ich ordne daher an:

1. Die Auflosungen solcher katholischer Organisationen, die durch den vorliegenden Vertrag anerkannt sind und deren Auflösung ohne Anweisung der Reichsregierung erfolgt, sind sofort rückgängig zu machen.
2. Alle Zwangsmaßnahmen gegen Geistliche und andere Mitglieder katholischer Organisationen sind aufzuheben. Die Wiederholung solcher Maßnahmen ist für die Zukunft unzulässig und wird nach Maßgabe der bestehenden Gesetze verfolgt.

Ich bin glücklich in der Ueberzeugung, daß nunmehr die Epoche ihren Abschluß gefunden hat, in der leider nur oft religiöse und politische Interessen in eine scheinbar gegensätzliche Gegenläufigkeit geraten waren.

Der zwischen dem Reich und der katholischen Kirche abgeschlossene Vertrag wird auch auf diesem Gebiet der Herstellung des Friedens dienen, dessen alle bedürfen.

Ich habe die starke Hoffnung, daß die Regelung der von der evangelischen Glaubensgemeinschaft bewegenden Fragen der längerer Zeit diesen Akt der Friedigung glücklich vollenden wird.

Weiter hat der Reichskanzler folgendes Telegramm an Bischof von Tapan gerichtet:

Nehmen Sie bitte, Herr Bischof, zu dem erfolgreichen Abschluß des Vertrages zwischen dem Deutschen Reich und der katholischen Kirche meinen aufrichtigen Glückwünsche und meinen Dank entgegen.

Abberufung der Brigade Ehrhardt

Berlin, 10. Juli.

Auf Grund der Eingliederung der Brigade Ehrhardt in die SS. fand in Berlin eine Tagung sämtlicher Unterführer der Brigade statt. Kapitän Ehrhardt gab die Dienstverpflichtungen zu der Eingliederung und der Abberufung der Brigade bekannt, gemäß der mit dem Reichsführer SS. getroffenen Vereinbarung. An den Reichskanzler wurde folgendes Telegramm abgeandt:

Die zur Führertagung der Brigade Ehrhardt in Berlin versammelten Männer melden dem Kanzler und Führer der SS., daß sie in jodachtziger Pflichtbewußtheit, Treue und Ehrlichkeit zu ihm stehen.

Aufruf des Wehrkreispfarrers Müller

Berlin, 10. Juli.

Wehrkreispfarrer Müller erläßt einen Aufruf an die Gemeinden der altpreußischen Landeskirche, in dem es u. a. heißt:

„Ich übernehme die Leitung des Evangelischen Oberkirchenrates in der besten Zuversicht, daß ich auch an dieser Stelle dazu beitragen kann, das begonnene Einigungswerk der deutschen evangelischen Kirchen im Sinne der kirchlichen Selbsthilfe so bald wie möglich zu Ende zu führen.“

Das evangelische Kirchenvolk wartet allerwärts auf den Bau der deutschen evangelischen Kirche. Darum ist es jetzt vordringliche Pflicht, die Verfassung, die von Leben dieser Kirchen Form und Regel geben soll, in kürzester Frist fertigzustellen. Diese Bauarbeit gelingt nur, wenn sie in Einmütigkeit und stiller Sammlung geschehen kann. Alle Störungsversuche durch unsachliche Reden und Handeln sind jetzt nicht mehr zu veranlassen. Es müssen jetzt alle, die Presse eingeschlossen, zusammenarbeiten.

Ich rufe die Glieder unserer Kirche auf, in treuer Züchtheit sich hinter mich und meine Mitarbeiter zu stellen.“

Stabschef Roehm im Rheinland

Köln, 10. Juli.

Auf dem Flughafen in Bonn-Hangelar landete Stabschef Roehm, aus Dortmund kommend. Zu seiner Begrüßung hatten sich Oberbürgermeister Riederer-Bonn, Landrat Dr. Buitlar, Standartenführer Reinhard und Landtagsabgeordneter Hoffstetter eingefunden. Nach kurzem Aufenthalt im Rheinhotel Dreesen in Godesberg fuhr Stabschef Roehm nach Koblenz weiter. Am heutigen Montag wird er der Stadt Bonn einen kurzen Besuch abstatten.

D-Zug entgleist

Drei Tote, 12 Schwerverletzte.

Apolda, 10. Juli.

Am Sonntag entgleiste um 15 Uhr 10 vor dem Bahnhof Nieder-Trebra der D-Zug 15 Stuttgart-Berlin verumlich infolge Gleisverwerfung. Sechs Personenwagen entgleisten und liegen an der Böschung. Bis jetzt sind drei Tote, zwölf Schwerverletzte und eine Anzahl Leichtverletzte geborgen worden. Die Leichtverletzten setzen ihre Reise mit dem nicht entgleisten Zug fort. Die Schwerverletzten wurden in das Krankenhaus Apolda eingeliefert. Nachdem zunächst beide Gleise gesperrt waren, konnte der eingeleitete Betrieb um 18 Uhr 06 wieder aufgenommen werden.

Erdstöße in Gelsenkirchen

Gelsenkirchen, 10. Juli.

In Gelsenkirchen wurden mehrere Erdstöße wahrgenommen, die eine Dauer von etwa 3 Sekunden hatten. Aus verschiedenen Stadien wird berichtet, daß das Beben so stark war, daß Möbelstücke fortgeschoben wurden und sich Ralfstöße von den Wänden und Decken lösten.

Polnischer Fährich abgestürzt

Warschau, 10. Juli.

Bei Garmow unweit von Warschau ist ein polnischer Fährich mit einem Militärflugzeug abgestürzt, als er über dem Gut seiner Eltern einige Kreise zog, um sie zu begrüßen. Das Flugzeug kam ins Gleiße und stürzte in den Hof des Vorwerks, der Fährich fand den Tod.

Neue Führung im CB

Dr. Dollfuß mit den Mitglieder der österreichischen Regierung ausgeschlossen.

Berlin, 10. Juli.

Im Einverständnis mit dem Bundesführer der nationalsozialistischen Studentenschaft wurde der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Forstbach-Dortmund zum Führer des gesamten Kartellverbandes der katholisch-deutschen Studentverbindungen (C. B.) bestellt.

Als erste Amtshandlung hat der neue Führer des C. B. den österreichischen Bundeskanzler Dr. Dollfuß und die übrigen Mitglieder der österreichischen Bundesregierung wegen ihrer reichsfeindlichen Haltung aus dem C. B. ausgeschlossen.

Reichsminister Dr. Schmitt in München

München, 10. Juli.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt hat sich anlässlich seiner Anwesenheit in München dem bayerischen Ministerpräsidenten Siebert einen Besuch ab. In längerer Aussprache wurden dabei die bayerischen Wirtschaftsinteressen im Rahmen der gesamten deutschen Wirtschaft erörtert, wobei der Reichswirtschaftsminister versicherte, daß er die bayerischen besonderen Interessen nach jeder Richtung würdigen und stützen werde.

Saftentlassungen in Prag

Aussprache des deutschen Geschäftsträgers mit dem Stellvertreter des tschechischen Außenministers.

Prag, 10. Juli.

Der deutsche Geschäftsträger in Prag sprach im amtlichen Auftrag bei dem Vertreter des Außenministers, Minister Dr. Krofta, vor. Die Aussprache bezog sich auf die Lage der Reichsdeutschen in der tschechoslowakischen Republik im Zusammenhang mit den jüngsten Pilsener und Egerer Urteilen.

Die Abgeordneten der deutschen nationalsozialistischen Partei, Krebs und Schubert, sind inzwischen gegen Sicherstellung von je 200 000 Kronen auf freien Fuß gesetzt worden.

Dollar-Stabilisierung 1935?

Zwei Vorbedingungen Roosevelts

Paris, 10. Juli.

Nach einem Telegramm des „New York Herald“ dürfte die Stabilisierung des Dollar wahrscheinlich auf das Jahr 1935 verschoben werden. Präsident Roosevelt stelle als Vorbedingung für die Stabilisierung eine vernünftige Preissteigerung, ferner den Ausgleich des Staatshaushalts. Das Budget habe aber Ende des am 30. Juni abgelaufenen Steuerjahres noch ein Defizit von 1700 Millionen aufzuweisen, das am Schluß des laufenden Steuerjahres auf 500 Millionen zurückgebracht werden könne.

Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen.

ESleth, den 11. Juli 1933

Tagesspiegel

o-Ausgang: 4 Uhr 13 Min. — Zeltweg: 8 Uhr 50 Min. — G o w a s s e r :

5.10 Uhr Vorm. — 5.20 Uhr Nachm.

12. Juli: 6.00 Uhr Vorm. — 6.10 Uhr Nachm.

* Straßensammlung. Die im Rahmen des großen Hilfswertes „Briber in Not“ in ESleth veranstaltete Sammlung hat 190,50 RM (abzüglich 4 RM für Abgeben) ergeben. Allen freundlichen Gebern, aber auch allen, die sich als Sammler freudig in den Dienst der Sache stellten, insbesondere der SA und SS, gebührt der Dank des Reichsausschusses „Briber in Not“. Wer noch weiter die schreckliche Hungersnot unter den Deutschen in Ausland lindern möchte, sende seine Gabe unmittelbar an den genannten Ausschuss, Postfachkonto Berlin 85 000, der sich für die zellsichere Weiterleitung an die Notleidenden verbürgt.

* Die Pressestelle des Staatsministeriums teilt mit: Vom Staatsministerium ist am 5. Juli d. J. an sämtliche staatlichen Behörden und Dienststellen des Landesteils Oldenburg verfügt worden, daß die infolge der Verwaltungsreform verfügte allgemeine Kündigung der sämtlichen Angestellten, soweit den Betroffenen nicht bereits mitgeteilt ist oder bis zum 15. Juli d. J. nicht mitgeteilt wird, daß eine weitere Verwendung nicht in Frage kommt, hiermit zurückgenommen wird.

* Patentschau, zusammengefasst vom Patentbüro Johannes Rod, Berlin ND 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwillig.

Rudolf Molchin, Emden, Ostfriesland und Heinrich Rudolph, Berlin-Tegel, Selbsttätiger Tudenverfälscher, Gebrauchsmuster.

Johann Garmas, Bad Zwischenahn i. O. Automatische Reihen-durchleuchtung für Eierfortierapparate, Gebrauchsmuster.

Johann Böste, Arkebue bei Goldenstedt, Schmier-vorrichtung für Aderwagen, Gebrauchsmuster. Fritz Wittkop jun., Wilhelmshaven-Nüßlingen, Adolstr. 16, Steddoße mit drei Stedereinrichtungen, Gebrauchsmuster.

Oscar Schützels, Wilhelmshaven, Noosstr. 140, Schnell-schlußvorrichtung für Drehschier, Erteiltes Patent. Erich Saathoff, Bagband, Kr. Aurich, Ostfriesland, Ausgleichsgetriebe für Kraftfahrzeuge mit zwei getrennten Flüssigkeitskuppelungen, Angemeldetes Patent.

* „Rein Aufstieg, der nicht beginnt beim deutschen Bauer“, hat am 1. Mai der Volkskanzler Adolf Hitler gesagt. Der deutsche Bauer sorgt für Deutschlands Ernährung, der deutsche Städter muß ihn darin aber auch durch Abnahme seiner Erzeugnisse unterstützen. Die Pressestelle der Oldenburgischen Landwirtschaftskammer weist darauf hin, daß durch eine bessere Verwertung der Magermilch der deutschen Landwirtschaft eine Mehreinnahme von 200 Millionen RM jährlich erwachsen wird, wenn der Lederkäse an Magermilch als menschliches Nahrungsmittel verwendet wird. Durch die Herstellung der Magermilch-Vollkorn aus Magermilch ist ein Volksnahrungsmittel von unvergleichlich hohem Nährwert geschaffen worden, das bei seiner vielfältigen Verwendungsmöglichkeit von keinem anderen Nahrungsmittel in seiner Preiswürdigkeit übertroffen wird. Neben Magermilchpulver, dessen Nährstoffe keinerlei Veränderung erlitten haben, enthalten die Magermilchpulver eine besonderen Zusatz von Lecithin, der bekannten und höchst wertvollen Nervennahrung. Dazu kommen dann die verschiedensten Mehle, Getreide, Gemüsekarten, Pilze usw., so daß man aus den Magermilchpulvermischungen Speisen, wie Suppen, Brei, Bubbings, Söhen, aber auch mit Kartoffeln zusammengekocht, Eintopferichte von höchstem Nährwert ohne Fleischzusatz erhält. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer erblickt in einer derartigen Verwertung der Magermilch eine Möglichkeit, den Ertrag aus der Milchwirtschaft zu heben und daß daher bei der Staatsregierung den Antrag gestellt, diese Erzeugnisse der deutschen Milchwirtschaft bei Wapenspeisungen bevorzugt zu verwenden.

* Zur Bekämpfung des Mietwuchers. Eine Verammlung des Mieterchubvereins in Oldenburg beschäftigte sich auch mit dem Mietwucher. Es habe festgestellt werden können, daß alle Wohnungen später neu vermietet wurden, und zwar mit einer Steigerung der Miete um 30—125 Prozent. Ein solch handalöser Mietwucher könne auf keinen Fall geduldet werden. Der oldenburgische Minister der Justiz habe daher unter dem 13. Juni 1933 zur Bekämpfung des Mietwuchers folgende Verfügung an die Staatsanwaltschaft gegeben: Die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft und die Lockerung des Mieterschutzes bringt infolge der durch die wirtschaftliche Not des Volkes sich steigenden Nachfrage nach kleinen Wohnungen die Gefahr unerschwerter Erhöhung der Mieten mit sich. Es sind mir auch in letzter Zeit wiederholt Klagen darüber zugegangen, daß bei der Vermietung von Wohnungen unrichtige Angaben über die Mietmiete gemacht und — namentlich für gewerbliche Räume — Mieten gefordert würden, die hoch über der Mietmiete lägen. Ich ersuche die Staatsanwaltschaft, Straffachen dieser Art ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und jeden Versuch, die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft zu einer unerschwerterten Mietsteigerung zu mißbrauchen oder sich durch unangemessen hohe Mieten auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern, mit Entschiedenheit zu bekämpfen. Für die Durchführung des Strafverfahrens ist die Auswahl

Wirkliche Erholung . . .

findet nur der gepflegte Körper, wobei Mund und Zähne infolge ihrer täglichen Mitarbeit besonders pflegebedürftig sind. Zur richtigen Zahn- und Mundpflege gehören unbedingt die Qualitäts-ergänzung Chlorodon-Zahnpaste, Mundwasser und Zahnbürste; sie finden in den kleinsten Orten erhältlich.

geeknet, in jeder Beziehung unabhängiger Sachverständiger von großer Bedeutung. Es wird darauf zu achten sein, daß die Sachverständigen nicht nur über die notwendigen wirtschaftlichen Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, sondern vor allem auch in echter Volksgemeinschaft das richtige Empfinden über die Grenze des Erlaubten haben und so dem Gemüßen der Nation Ausdruck verleihen. Rechtsanwalt Hietzger erklärte dazu, daß im Falle nachgewiesenen Mißbrauches der Mietvertrag an und für sich bestehen bleibe, die zu viel gezahlte Miete aber zurückgezahlt werden müsse.

*** Es ist ein unreifes Obst!** Kürzlich mehren sich wieder Magenentzündungen von Kindern, die auf den Genuß von unreifem Obst zurückzuführen sind. Eltern und Erzieher müssen die Jugend immer wieder auf die große Gefahr des Genußes von unreifem Obst, bzw. des Trinken von Wasser nach Obstgenuß hinweisen.

S Oldenburg. Das kürzlich herausgegebene Gemeindegleichschaltungsgefeß bestimmt bezüglich der Bestätigung von Beamten der Gemeinden (Gemeindeverbände), daß die Oberbürgermeister, Bürgermeister, die Magistratsmitglieder, die Mitglieder der Landesvorstände und Amtsvorstände, die Gemeindevorsteher (Schöffen) und die Beigeordneten (Beisitzer) einer besonderen Bestätigung bedürfen. Darüber entscheidet bei den Oberbürgermeistern der Städte 1. Klasse im Landesamt Oldenburg und bei dem Bürgermeister der Stadt Gutlin das Staatsministerium, bei den Bürgermeistern der Städte 2. Klasse, den Magistratsmitgliedern, den Mitgliedern der Amtsvorstände, sowie den Gemeindevorstehern und Beigeordneten im Landesamt Oldenburg der Minister des Innern, bei den Bürgermeistern, den Magistratsmitgliedern, den Mitgliedern der Landesvorstände, den Gemeindevorstehern (Schöffen) und den Beigeordneten (Beisitzern) in den Landesteilen Lübeck und Birkenfeld die Regierungen. — Mitglieder der Vertreterkörperschaften der Gemeinden bzw. Gemeindeverbände und deren Ersatzmänner können durch die Aufsichtsbehörden von der weiteren Ausübung ihrer Mandate ausgeschlossen werden, wenn sie nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rüchhaltlos für den nationalen Staat eintreten und die Aufbauarbeit der nationalsozialistischen Reichs- und Staatsregierung mit allen Kräften fördern und unterstützen.

S Oldenburg. Waldhohe Bauernlundgebung. Der Landbund Oldenburg-Bremen hatte die Bauern des Oldenburger Landes und des Bremer Gebietes, sowie des benachbarten Ostfrieslands auf Sonnabend zu einer eindrucksvollen Tagung nach der „Union“ eingeladen und damit trotz des besten Feuertages Erfolg gehabt, ein Beweis, was der Landwirt sich von solchen Zusammenkünften verpricht. Am Vormittag hielt der Gesamtanschluß des Landbundes seine 21. Sitzung unter Leitung des Hausmanns Battermann ab. Zunächst wurde die infolge des Führerprinzips und der Verwaltungsreform notwendig gewordene Satzungsänderung vorgenommen, und dann erfolgte nach einstimmiger Annahme des Entwurfes die Wahl bzw. Ernennung der führenden Persönlichkeiten. Reichstags- und Landtagsabgeordneter Poppe, Barel bei Wildeshausen, bestimmte als Gaubauernführer Gemeindevorsteher Abel, Brettorf bei Wildeshausen, zum 1. Vorsitzenden, und dieser ernannte folgenden geschäftsführenden Vorstand: Vorsitzender Hausmann Battermann, Hauptgeschäftsführer Dr. Müller, Oldenburg, ferner Landesbauernführer Poppe, Landwirt Juri Dießen, Osterholz vom Bremer Landbund und Kolon Meyer, Holte bei Damme. Geschäftsführer Dr. Müller verbreitete sich über einige Mängel bzw. Vorkisse, die dem Gleichschaltungsgefeß anhaften und hoffentlich bei den Durchführungsbestimmungen beseitigt werden. Nach einem ausführlichem Vortrage des Bundes-Rechtsanwalts Dr. Hölje über das Erbhofrecht folgte der Anschluß einstimmig eine Entschließung, in der der Landwirtschaftskammer und der Staatsregierung Dank abgeleitet wird für das Bestreben, in Oldenburg ein ähnliches Erbhofrecht zu schaffen, wie es in Preußen beschlossen ist. Der Boden sei nicht mit einem Stück Tuch zu vergleichen, das in beliebiger Weise zerschneiden werden könnte. Er müsse gebunden bleiben an die Familie und das gebe nur, wenn der Grundbesitzer gewisse Vorrechte habe. Für die Nachmittagsitzung war der vom Reichsernährungsminister Dr. Darre zum Reichsombudsman für die bäuerliche Selbstverwaltung ernannte Reichslandbundspräsident Weinberg als Redner gewonnen worden. Zu der Versammlung zählten u. a. Staatsminister Baulu, Landtagspräsident Hauptlehrer Wesen, Landwirtschaftskammerpräsident Hohenböden, Staatskommissar v. Seggern, die Ministerialräte Zanzen und Feilber, Landwirtschaftskammerdirektor Werner und Syndikus Professor Dr. Raerten von der Handwerkskammer. Versammlungsleiter Battermann betonte die Notwendigkeit des Landbundes nicht nur in der verflochtenen Zeit des Tiefstandes, wo er für die Volksernährung stets seine Pflicht getan habe, sondern auch für die Gegenwart und die Zukunft. Der Landbund kämpfe für die gesamte Landwirtschaft, auch für die Kleinbetriebe. Jeder Bauer müsse sich selbst hinter die Regierung stellen, der Landbund Kampfstrohm für Adolf Hitler sein. Staatsminister Baulu übermittelte Grüße des Staatsministeriums und versicherte dessen stets Eintreten für die Belange der Landwirtschaft. — Präsident Weinberg führte seinen aufmerksamen lauschenden Zuhörern, bisweilen mit drastischen Worten, vor Augen, was man unter einem deutschen Bauern eigentlich verstehen müsse. Auf die Größe des Besitzes komme es nicht an, große Landgüter könne jeder Edelmann erwerben, sei damit aber keineswegs ein Bauer. Redner verbreitete sich dann über den Neuaufbau der Organisation, die nicht Selbstzweck sein solle, sondern die Zukunft des Bauern sichern wolle. Es ist nicht anständig, den Kammern die Arbeit und den Kampf zu überlassen. Die Möglichkeit zur Opposition muß vorhanden sein. Zu den 4 Hauptabteilungen der bäuerlichen Organisationen werden wahrscheinlich noch als 5. Säule der Geldverkehr kommen, die bäuerlichen Genossenschaften müssen wieder das werden, was sie sein sollten. Wenn nach einigen Jahren die Organisation den gesamten bäuerlichen Waren- und Geldverkehr in eigener Regie übernommen hat, wird

sie in der Lage sein, die Höhe der Zinsen festzusetzen. Das von Hugenberg geschriebene Gleichschaltungsgefeß mit seinen 104 Paragraphen bedarf einer Veränderung, nicht Kanonen, sondern eine Reihe von Bauernhöfen bilden den besten Dölkfuß. Wir müssen mit klarem Blick in die Zukunft schauen, auch in die, die wir nicht mehr erleben. Der Youngplan war die gemeinste Tat des schwarz-roten Systems, er bedeutet Verflawung unserer Nachkommen. Wir bauen unsern Zukunftsfuß auf und lehren uns nicht an Freimaurer- und Judentum. Adolf Hitler ist gekommen, damit Deutschland leben soll. Nach einem dreifachen Heil Hitler quittierte die Versammlung über den Vortrag mit starkem, immer wieder hervorbrechendem Beifall. An Reichsstatthalter Röder, Ministerpräsident Joel und Reichsernährungsminister Darre wurden Begrüßungs-Telegramme entlanft.

*** Delmenhorst.** Die Hallenkirche in Ganderslee, die als die schönste ihrer Art im ganzen Oldenburger Lande bezeichnet wird, hat durch die Entdeckung mittelalterlicher Gemälde eine lebenswerte künstlerische Bereicherung erfahren. Unvermutet stieß man beim Reinigen der Wände eines bisher als Kohleneller dienenden Raumes, früher Gruffkapelle, auf Spuren mittelalterlicher Gemälde, deren Ursprung, wie aus der Maltechnik zu schließen ist, im 14. oder 15. Jahrhundert liegt. Das Gemälde enthält in den vier Feldern die „Verkündigung Mariä“, den „Besuch Marias bei Elisabeth“, die „Geburt Christi“ und die „Darstellung Jesu im Tempel“. Die Arbeiten verraten feinstes künstlerisches Empfinden und sind mit einer dem Thema des Marienlebens formvollendet gerecht werdenden Technik hergestellt. Inzwischen sind die Gemälde restauriert, so daß die alte altgläubige Sakristei nunmehr eine Schatzkammer deutscher Kunst des Mittelalters ist.

*** Wilhelmshaven.** In der Sitzung des Bürgervereinskollegiums gab der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Oberbürgermeisters beauftragte Senator Carl Ranten einen Bericht über die Unternehmung der Korruption bei den Gas- und G.-Werken. Von der Gesellschaft ist eine derartige Verschleierungspolitik betrieben worden, daß es der größten Anstrengung bedurfte, um überhaupt Klarheit in die ganzen Verhältnisse zu bringen. Die Prüfung ergab, daß in der unbeschränktesten Weise das Vermögen der Gesellschaft und damit der Städte geschädigt worden ist. Durch den Generaldirektor Dr. Westphal, Leipzig, der eigenmächtig Darlehens- und Effektenengeschäfte mit dem Gelde der Gesellschaft betrieben hat, sind Verluste entstanden, die sich auf weit über 500 000 RM belaufen. Das traurige Kapitel dieses Korruptionsfandals sind die von der Gesellschaft gezahlten Zantien. Diese betragen in den letzten Jahren 1 104 000 RM. Den Löwenanteil dieser Summe hat der Generaldirektor Westphal mit 460 000 RM erhalten. Die Zantien sind nur teilweise ordentlich verbucht worden, sie wurden ohne Quittung ausgehändigt, die darüber vorhandenen Aufzeichnungen sind vernichtet worden. Diese Zantienverhältnisse werfen auch ein trübes Licht auf den in der Zwischenzeit seines Amtes entlassenen Oberbürgermeister Bartelt und verschiedene andere jadesbürtliche Beamte. Bartelt hat 36 000 RM erhalten, die beiden mit der Geschäftsführung beauftragten Magistratsräte Lehn-Wilhelmshaven und Jacobs-Mittlingen je 60 000 RM, Bürgermeister Kellerhoff 18 000 RM und Senator Fooker 10 000 RM. Außerdem sind mit diesen Zantien noch trübe Effektenengeschäfte gemacht worden, indem man die Zantien in Effekten ausbezahlte. Bradten die Effekten Gewinne, so erhielten diesen die Beisitzer, brachten die Effekten aber Verluste, so mußte die Gesellschaft diese tragen. Hinzu kommt noch, daß die Geschäftsführung der Gesellschaft mit beamteten Personen der jadesbürtigen Behörden regelrechte Bestechungen betrieben hat. Teilweise wurden die Zantien auch mit Devisen bezahlt, trotzdem der Privatbesitz von Devisen gesetzlich verboten war. Wie unglücklich von der Gesellschaft gewirtschaftet wurde, beweist, daß die Generalversammlungen laufende von Markt kosteten. Den Gesellschaften wurden Tagesgelder von 50 RM gezahlt, außerdem trug die Gesellschaft die Kosten für Hotel, Verpflegung usw. Die Prüfung dieses ganzen Korruptionsfandals ist zwar noch nicht abgeschlossen, trotzdem belaufen sich die Verluste schon heute auf über 3 Millionen RM. Jede der beiden Jadesbürtigen hat einen Schaden von 1,3 Millionen RM, zu denen die von der Gesellschaft vergeldeten Gelder hinzukommen. Bedauerlich ist es, daß der Wilhelmshavener Oberbürgermeister vielen Gemeinden einen Vertrag mit der Gesellschaft empfohlen hat. Durch den Vorstoß der Wilhelmshavener NSDAP ist diesem Treiben nun ein Ende bereitet worden. Bei der Staatsanwaltschaft, die sich mit der Sache befaßt, sind inzwischen noch weitere 14 Anzeigen von Städten eingelaufen.

*** Bremerhaven.** Die Ansfahrt des Dampfers „Sierra Cordoba“ zu einer Nordlandreise verzögerte sich um drei Stunden, da ein Passagier vor der Abfahrt entbenden mußte, daß sein Gepäck nicht auf dem Dampfer eingetroffen war. Es stellte sich heraus, daß die Koffer auf einem oldenburgischen Bahnhof durch Versehen liegen geblieben waren. Ein für die Herbeischaffung engagierter Kraftwagenführer gab seine Fahrt in Doelgönne plötzlich auf, da er annahm, den Dampfer doch nicht mehr zu erreichen. So mußte die Reichsbahn von sich aus einen Rennwagen chartern, der das Gepäck in knapp einstuündiger rasender Fahrt nach Bergen schaffte, wo es von einem dort seit drei Stunden wartenden Schlepper aufgenommen wurde. Mit diesem Schlepper wurden die Koffer nach dem Bremerhavener Kaiserhafen und zur „Sierra Cordoba“ gebracht, die dann mit dreiflüchtiger Verpätung die Ausreise antrat.

Vorsicht beim Sonnenbaden! Ihre Haut sehnt sich nach Sonne. Aber seien sie vorsichtig! Neben Sie die trockene Haut mit Leotem ein, bevor Sie sich der Sonne aussetzen. Ob daheim, ob im Urlaub, ob am Seestrand oder in den Bergen, mit Leotem wird Ihre Haut schneller und tiefer gebräunt. Leotem enthält das wichtige Sonnenvitamin-D. Eine großartige Erfindung.

Vorstand
der Tiener Zuverlässigkeits-Genossenschaft
Brake, den 6. Juli 1933
Die Rechnung über Einnahmen und Ausgaben für 1932/33 liegt vom 10. bis einschließlich 24. Juli 1933 beim Geschworenen Albers in Lienen zur Einsicht der Genossen aus.
Einwendungen sind innerhalb der Auslegungsfrist schriftlich beim Geschworenen oder beim Vorstand (Nimi Weiermarck) in Brake einzubringen.
M i d e n d o r f

Zu verkaufen eine in Lienen am Deich belegene
Besitzung (Haus mit Stall u. Garten)
Die Zahlungsbedingungen sind günstig. Näheres
B. Glogstein, Auktionator

Letzter Verkauf!
Elsfleth. Für Runtel Kontursmasse Elsfleth verkaufe ich am
Donnerstag, dem 13. Juli 1933
und
Freitag, dem 14. Juli 1933,
nachm. 1 Uhr an beiden Tagen beginnend
in Hermann August Gasthaus in Elsfleth öffentlich
meistbietend gegen Barzahlung, eventl. auf Zahlungsfrist.

Kindersportwagen, Kinderstühle, Tornister, Waschtische, Küchengeräte, Handwerkszeug, Glas- und Porzellanarbeiten, **Waschgeschirre**, Briefpapier, Briefumschläge, Notesbücher, Bilderbücher, Bilder, Bilderrahmen, **Spiele**, als: Eisenbahnen, Dampfmaschinen, Kinos, Puppenmöbel, Kammannsäden, Pferdebeställe, Laufgeschirre, usw., 1 Partie Tüten, **Holzharzen**, Bomben, Gläser, 1 alte Pumpe, 1 Sofatisch, 1 Bettstelle mit Matratze, 6 Rohrstütze, Kaffeetische, Blumenständer, Blumenkrippen, **Piegestühle**, 1 Badewanne, 1 Badeofen, 1 Rasenmäher, 1 Glasstrahl, 1 Handwagen, **1 Posten Romane** (gute Bände),
1 Gelbschrank, 1 Scheibenbüchse, 1 Schreibstisch, 1 Minimag, 1 eich. Bücherständer, 1 eich. Schreibstisch, 1 eich. Schreibröhre, 1 eich. Schreibröhre, 2 Korbmöbelgarnituren (2 Tische, 1 Sofa, 4 Stühle), 1 Stubentisch, 6 Rohrstütze, 1 großer Gasherd (3 flammig, zum Braten und Backen eingerichtet), 1 Eiferdiele, 4 große Bilder mit Goldrahmen
und viele andere Gegenstände

Kaufliebhaber sind freundlichst eingeladen
Karl Schröder

Zwangsversteigerung
Am **Mittwoch, d. 12. Juli,**
nachm. 3 Uhr, gelangen
3 Ackergewag
1 Motorboot
gegen Barzahlung zur Versteigerung.
Käufer versammelt sich um
2 1/2 Uhr bei August Gasthaus hier selbst
Wilkens,
Obergerichtsvollzieher.

Empfehle
prima Lammfleisch
W. Seifer, Telefon 200

Freiwillige Feuerwehr des Etsfleth Turnerbundes
Mittwoch, den 12. Juli
abends 8 Uhr
Uebung
Fehlende werden gebittet
Der Hauptmann

Prima Lammfleisch
Hans Baumeister
Stahlhelmfrauenbund
Ortsgruppe Elsfleth

Monats-Versammlung
am **Donnerstag, dem 13. Juli 1933, abends 8 1/2 Uhr,** in Kruses Gasthof.
Das Erscheinen aller Kameradinnen ist Pflicht. Freundinnen unserer Bewegung können eingeführt werden.
Die Führerin

STATT KARTEN
Für die vielen wertvollen herzlicher Teilnahme an der Einsiedlung unserer Kameradinnen
Frau Anna Prell
geb. Borgstedt
sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus.
Karl Prell
Grete Nig geb. Prell

Nachruf!
Unserm Vorstandsmitglied
H. Thormählen,
der uns durch den Tod entziffen wurde, bewahren wir ein ehrendes Andenten.
Maler- und Lackierer-Zwangs-Innung
Elsfleth